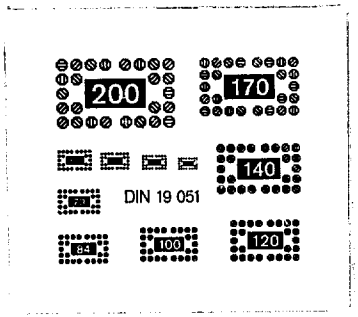

13 Ordentlicher
Gewerkschaftstag
der
Industriegewerkschaft
Bau-Steine-Erden
7. – 12. Okt. 1985

Die Krise meistern – Die Zukunft gestalten

(Grundsatzreferat des Bundesvorsitzenden der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden)

10. Oktober 1985

A 98 - 09420

Grundsatzreferat des Bundesvorsitzenden
der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden

Konrad Carl

Die Krise meistern – Die Zukunft gestalten

A 98 - 09420

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

Herausgegeben vom Bundesvorstand
der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden
Druck: Union-Druckerei, Frankfurt am Main

Gestern wie heute: Erfolge müssen erkämpft werden

„Für die Bauarbeiterbewegung war das Jahr 1925" – also vor 60 Jahren – „ein Kampfjahr erster Ordnung. Das gesamte Unternehmertum fühlte sich berufen, gegen die angeblich hohen Bauarbeiterlöhne zu Felde zu ziehen. Die bürgerliche Öffentlichkeit, die Behörden, gesetzgebende und regierende Stellen standen mit ihrer Anteilnahme zum großen Teil im gegnerischen Lager.

Außerordentliches forderten diese Kämpfe von dem Opfermut der baugewerblichen Arbeiter. Das Unternehmertum hat seine Kampfziele nicht erreicht. Der Acht-Stunden-Tag steht unverrückbar fest. Einzelne Kurzsichtige mögen ihn hier und da überschreiten. Die Bauarbeiterschaft als Ganzes gibt den Acht-Stunden-Tag nicht preis.

Überdies hat sie, dem Ansturm des Gesamtunternehmertums zum Trotz, bis zum zweiten Drittel des Jahres, solange die Arbeitsgelegenheit noch leidlich war, namhafte Lohnerhöhungen errungen. Ebenso hoch wie diese schwer erkämpften Erfolge darf die Bauarbeiterschaft die zentralen Lohnabkommen einschätzen. Denn sie haben die Lohnabbauwünsche der Unternehmer doch recht weitgehend eingedämmt, als die verschärfte Wirtschaftskrise sowie der früh hereingebrochene Winter die Arbeitslosigkeit riesenhaft anschwellen ließ."

Diese wenigen Sätze sind dem Jahrbuch 1925 des „Deutschen Baugewerksbundes" entnommen, der mit dieser Schrift die gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Aktivitäten ein Jahr nach dem denkwürdigen ersten ordentlichen Bundestag in Hamburg dokumentiert hat.

Diese Zeilen zeigen auch auf, wo traditionell gewerkschaftliche Politik ansetzt und wo trotz politischer und gesellschaftlicher Weiterentwicklung Grundkonflikte bis auf den heutigen Tag aktuell geblieben sind.

In Krisenzeiten ist die Interessenvertretung schwerer

Auch wenn es zwischen den einzelnen gewerkschaftlichen Betätigungsfeldern Verschiebungen gegeben hat und das Aufgabenspektrum breiter geworden ist, hat sich an der zentralen Aufgabe der Gewerkschaften, die Interessen der Arbeitnehmer aufzugreifen, ihre Rechte auszubauen und gegen alle An-

griffe zu verteidigen, nichts geändert. Gerade in Krisenzeiten wird versucht, den Gewerkschaften die Berechtigung zur Interessenvertretung abzusprechen. Dann wird auf ein Gemeinwohl abgestellt, das sich bei näherer Betrachtung als egoistisches Meinwohl herausstellt.

Im Interesse eines vagen wirtschaftlichen Aufschwungs wird von den Arbeitnehmern Opferbereitschaft gefordert. Ja, werden ihnen Tag für Tag neue Opfer abverlangt.

Arbeitnehmerinteressen bleiben – und dies ist eine historische Erfahrung – auf der Strecke, wenn sie unter Marktgesetze gezwungen werden sollen.

Solidarität ist notwendig

Dagegen setzen wir die große Kraft der Solidarität, die nicht beim individuellen Herumwursteln stehen bleibt, die allein Wege aus der Resignation weist.

Die Arbeitnehmer sind durchaus bereit, Opfer zu bringen. Doch müssen es Opfer für eine sozial-gerechtere, humane und friedliche Welt sein.

Von diesen Zielen sind wir noch weit entfernt. Dies läßt sich beispielsweise auch an der strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA ablesen, mit der der Weltraum endgültig zum militärischen Aufmarschgebiet wird.

Absage an SDI-Programm

SDI ist eine Absage an das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit, das angesichts vorhandener Nuklearpotentiale gefördert und vorangetrieben werden muß. Wird das SDI-Konzept verwirklicht, so führt das unweigerlich zu einer gigantischen Aufrüstungsrunde.

Die Aufrüstung des Weltraums bringt Forschung und Wissenschaft von der Lösung der dringenden Probleme der Menschheit ab, – etwa von der Beseitigung des Hungers – werden doch hier ungeheure finanzielle und geistige Reserven gebunden. Die Wissenschaft verliert so nicht nur ihre Freiheit, sondern wird darüber hinaus zunehmend in den Dienst der Zerstörung gestellt.

Insofern gilt, was Albert Einstein 1953 angesichts der atomaren

Aufrüstung so formulierte: „Unsere einstmals so harmlose Wissenschaft hat sich zu einem Alptraum ausgewachsen, der alles erzittern läßt."

Es ist an der Zeit, daß sich die Wissenschaft auf ihre soziale Verantwortung besinnt. Ohnehin ist der zivile Nutzen solcher Forschung von vollkommen untergeordneter Bedeutung. Eine Auffassung, die auch Minister Riesenhuber teilt.

Ich bin sicher: Die gleichen Aufwendungen in die Erforschung und Sicherung unserer Umwelt, für die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren gesteckt, würde uns von vielen Problemen befreien.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sich nicht an der strategischen Verteidigungsinitiative zu beteiligen.

Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen

Wir fordern den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und als Voraussetzung für ein verbessertes Verhandlungsklima zwischen den beiden Großmächten das Einfrieren der Atomwaffenpotentiale.

Wir fordern die Bundesregierung auf, Initiativen zur Schaffung eines von allen Massenvernichtungswaffen freien Europas zu ergreifen.

Wir brauchen kein Programm zum „Krieg der Sterne", wir brauchen ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Erhaltung des Friedens!

Wer nicht auf den sozialen Ausgleich setzt, fördert die soziale Spannung.

Bereits die sozial-liberale Koalition hatten wir vor einer Sparpolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmer gewarnt.

Umverteilung von unten nach oben

Doch mit der Bonner Wende ist die Sparpolitik endgültig zum Mittel der Umverteilung von unten nach oben geworden. Die Kluft zwischen arm und reich ist größer geworden, doch an der Massenarbeitslosigkeit hat sich nichts geändert.

Dagegen hatte noch Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 vor dem Bundestag er-

klärt: „Ökonomische Vernunft und soziale Verantwortung zeigen den Weg zum Erfolg:

Den Investitionswillen und die Investitionsfähigkeit zu stärken. Nur über wachsende Investitionen, durch eine wachsende Wirtschaft, wird es ein wachsendes Angebot an Arbeitsplätzen geben."

Nach drei Regierungsjahren ist dagegen eine erschütternde Bilanz aufzumachen. Die Zahl der Arbeitsplätze ist nicht gestiegen, sondern weiter zurückgegangen. Zugenommen hat dagegen die Zahl der registrierten Arbeitslosen, und zwar kräftig: um rund 300000.

Arbeitslosigkeit wird nicht bekämpft

Am 30. September waren es 2151577 – der höchste Stand im September nach dem Krieg. Dies ist der Erfolg der „Wende-Politik", die mit dem Versprechen angetreten ist, dem Problem Nr. 1, der Arbeitslosigkeit, mit allen Mitteln entgegenzuwirken.

Wir erleben heute dagegen, daß der freie Markt zum Götzen erhoben wird. Überall wird das freie Unternehmertum gefeiert. Demzufolge sind die sozialpolitischen Einschnitte der Bundesregierung vielen noch nicht weitgehend genug.

Häufig genug wird im Gewande der Wissenschaft zur unternehmerischen Offensive geblasen. Die Vorschläge lauten da:

- Nominallohnstopp bis zum Erreichen der Vollbeschäftigung,
- Zurücknahme der Staatsquote,
- Steuerentlastung für Unternehmer,
- Beseitigung von bürokratischen Hemmnissen und Auflagen; gemeint sind die Arbeitnehmerrechte,
- Förderung der Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte.

Für alle diese Forderungen der Wirtschaft werden scheinwissenschaftliche Begründungen nachgeschoben. Hier gilt, was Kurt Tucholsky so formulierte:

„Die Forderung ist noch nicht verkündet, die ein deutscher Professor uns nicht begründet."

Im Kern bedeutet jedoch die Forderung nach „mehr Markt und weniger Staat" die Hinwendung zu mehr Unternehmertum mit reduzierten sozial-staatlichen Funktionen.

Wir können und dürfen nicht übersehen, daß sich seit der „Wende" in der Tat die Rahmenbedingungen für die Unternehmer deutlich verbessert haben.

Unternehmergewinne steigen – Arbeitnehmereinkommen sinken

Dies liegt neben den wechselkursbedingten Exporterfolgen in erster Linie an der gigantischen Umverteilung von unten nach oben: Die Unternehmergewinne sind mit zweistelligen Wachstumsraten angestiegen – auf Kosten der Arbeitnehmereinkommen, die real auf den Stand von 1977 gesunken sind.

Weniger Einkommen heißt weniger Nachfrage und fehlende Nachfrage lähmt die konjunkturelle Erholung. Darauf weisen wir seit Jahren hin. Es freut uns, daß diese volkswirtschaftliche Binsenweisheit nun auch zur Regierung vorgedrungen ist. Nur, Herr Minister Stoltenberg, wir erwarten von Ihnen, daß Sie diese Erkenntnis in Politik umsetzen und die überzogene Sparpolitik aufgeben.

Nachfrage fördern

Nicht zuletzt die überzogene Sparpolitik der Bundesregierung ist es, die jene Binnennachfrage verhindert, die nötig wäre, um mehr Gewinne im Inland zu halten und in arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen umzuwandeln.

Dies sind die tatsächlichen wirtschaftspolitischen Zusammenhänge.

Die Fakten liegen klar auf dem Tisch, aber die ideologische Einseitigkeit verbietet es den Verantwortlichen in Bonn, diese Zusammenhänge auch wahrzunehmen.

Damit ist die Frage beantwortet, wieso angesichts der verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die hohe Zahl der Arbeitslosen nicht abnimmt – es sei denn durch Manipulation der Nürnberger Arbeitslosenstatistik.

Stille Reserve wird nicht berücksichtigt

Wenn an der Nürnberger Statistik überhaupt Zweifel angebracht sind, so liegen diese doch wohl eindeutig darin begründet, daß in ihr u. a. die gewaltige Zahl von etwa 1,4 Millionen Arbeitsuchenden, die sogenannte Stille Reserve, nicht auftaucht.

Laßt mich in diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Arbeitsmarktstatistik sagen: Natürlich gibt es auch Drückeberger und Schwarzarbeiter, von letzteren gar nicht wenige. Echte Drückeberger können wir nicht gebrauchen und wir schützen sie auch nicht. Aber: Es ist beschämend, wenn Leute mit 10000 Mark im Monat denen mit 900 Mark zumuten wollen, auch mit 800 Mark auszukommen. Und dabei das Wort vom „Mißbrauch sozialer Leistungen" im Munde führen.

Wir stellen fest: Der gesellschaftliche Konsens zum Ausbau des Sozialstaates ist in Gefahr. Im Zeichen der Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit steht nun auf der Tagesordnung: soziale Demontage, Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten, Angriff auf die Tarifautonomie, Spaltung und Zersplitterung der Arbeitnehmer.

Der Sozialstaat ist in Gefahr

Es ist makaber, wenn die Konsolidierung des Bundeshaushaltes und die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit gefeiert werden, ohne die Opfer dieser Politik zu erwähnen.

Ist es denn ein Erfolg, wenn immer mehr Arbeitslose aus dem Leistungsbezug ausgegrenzt werden?

Ist es ein Erfolg, wenn in Teilen unserer Republik bis zu 70 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos sind?

Ist es ein Erfolg, wenn 2,5 Millionen Menschen von der Sozialhilfe leben?

Ist es ein Erfolg, wenn ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger jünger als 25 Jahre ist?

Wer als jüngerer Mensch feststellen muß, daß die Gesellschaft keinen Platz für ihn hat, der kann doch nicht zu der Überlegung kommen, daß diese Gesellschaft erhaltenswert ist.

Dreiviertel-Gesellschaft

Auch wenn die Bundesregierung immer wieder das Gegenteil behauptet, muß doch festgestellt werden: Diese Regierung nimmt die Beschäftigungskrise in Kauf, um eine rein marktwirtschaftliche Orientierung durchzusetzen. Das gesellschaftspolitische Modell für diese Politik ist die sog. Dreiviertel-Gesellschaft.

Aber keine Gesellschaft hält auf Dauer einen Zustand aus, in dem ein Viertel ohne Arbeit ist. Hinzu kommt, daß immer mehr Arbeitnehmer durch die zerrissenen Maschen des sozialen Netzes in die neue Armut getrieben werden. Dies hat nicht nur verheerende soziale Auswirkungen, sondern kann auf Dauer auch die demokratischen Grundlagen unseres Staates erschüttern.

Unsere Demokratie ist nur funktionsfähig, wenn die in ihr lebenden Menschen für sie eintreten und sie verteidigen. Das ist aber nur möglich, wenn nicht ganze Bevölkerungsschichten ausgegliedert und an den Rand geschoben werden; wenn nicht ihr Selbstwertgefühl durch dauerhafte Arbeitslosigkeit ständig schweren Belastungen ausgesetzt ist; wenn den Arbeitnehmern ein humaner Arbeitsplatz geschaffen wird und die Perspektive einer kaputten, unlebbaren Umwelt nicht zur traurigen Gewißheit wird.

Korrektur der Wirtschaftspolitik notwendig

Eine Korrektur der Wirtschaftspolitik ist notwendig. Freilich gibt es keine Patentrezepte zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Wenigstens aber muß der Wille zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als politische Hauptaufgabe erkennbar werden.

Sparsame Haushaltspolitik und die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Unternehmen sind *nur dann* akzeptabel, wenn sie nicht zum Selbstzweck werden. Sie können nur *eine* Voraussetzung für ein ausreichendes Wirtschaftswachstum schaffen. Hinzu kommen müssen gute Absatzerwartungen auf dem Binnenmarkt.

Unsere Erwartungen: ... Stärkung der Massenkaufkraft

Unsere Vorstellungen sind andere:

1. Die Binnenkonjunktur muß durch Stärkung der Massenkaufkraft angekurbelt werden. Eine verantwortungsvolle

Tarifpolitik, die zur Stärkung der Kaufkraft beiträgt, ist deshalb beschäftigungspolitisch geboten.

Von der sogenannten Steuerreform werden kaum nennenswerte positive Impulse auf Nachfrage und Beschäftigung ausgehen. Denn sie ist zu einem großen Teil als eine Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben zugunsten der Bezieher hoher Einkommen angelegt.

...Steuerreform für Investitionsprogramm nutzen

Gleichzeitig verschenkt die Bundesregierung damit Handlungsspielraum für beschäftigungssichernde öffentliche Investitionen. Die Gewerkschaften fordern deshalb, daß die Hälfte des für die Steuerreform vorgesehenen 20-Milliarden-Volumens für ein Investitionsprogramm zur Verbesserung des qualitativen Wachstums und die andere Hälfte für eine „wirklich soziale Reform des Steuertarifs und des Familienlastenausgleichs" verwendet wird.

Auch wenn die Bundesregierung immer wieder an die Geduld appelliert, weil nur langfristig ein dauerhafter Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht werden könne, so muß man ihr doch ins Stammbuch schreiben:

Menschen sind keine Ware, die man lagern kann.

Hinter den Arbeitslosenzahlen stehen Millionen Einzelschicksale, die schlimm, teilweise erschütternd sind.

...Arbeitszeitverkürzung

2. Darüber hinaus muß die Arbeitszeitverkürzung weiterhin im Mittelpunkt unserer Tarifpolitik stehen. Genauso wenig wie es für uns einen Gegensatz zwischen Arbeit und Umwelt gibt, lassen wir uns von außen einen tiefgreifenden Konflikt zwischen Wochenarbeitszeitverkürzung und Vorruhestandsregelung einreden.

...Soziale Steuerung des technischen Fortschritts

3. Obwohl Rationalisierung, Veränderungen in der Arbeitsorganisation und nicht zuletzt neue Technologien teilweise verheerende Beschäftigungsfolgen und vielfältige soziale Auswirkungen haben, sagen wir nicht „Nein" zur technologischen Entwicklung.

Neue Techniken können menschenunwürdige Arbeitsplätze

überflüssig machen. Sie sind Grundvoraussetzung beispielsweise für den Umweltschutz und können auf diese Weise zur Hebung der Lebensqualität beitragen.

Nicht die Technik an sich ist unser Problem, sondern die konkreten Machtverhältnisse, unter denen diese Technik zur Anwendung gelangt. Deshalb müssen neue Technologien vor ihrer Einführung auf ihre Sozialverträglichkeit hin überprüft werden.

Dreh- und Angelpunkt jeder sozialen Technikgestaltung ist aber die Mitbestimmung.

...Erweiterung der Mitbestimmung

Deshalb brauchen wir die Mitbestimmung der Betriebsräte in der Phase der Planung. Denn hier fallen die grundlegenden Entscheidungen über die zukünftige Arbeitsgestaltung und die Anzahl der Arbeitsplätze. Das gilt auch für die Bauwirtschaft.

Obwohl diese Bundesregierung mit dem Anspruch angetreten ist, die Gesellschaft mit dem menschlichen Gesicht verwirklichen zu wollen, ist unter ihr nicht nur die Bereitschaft gewachsen, ein stärkeres Auseinanderdriften der Einkommen hinzunehmen, sondern es scheint sogar als notwendige Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung angesehen zu werden.

Insofern ist es richtig, wenn diese Bundesregierung feststellt, ihr sei es gelungen, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zu verzahnen.

Sozialpolitik verlängerter Arm der Wirtschaftspolitik

Sozialpolitik hat hier nicht mehr individuelle Schutz- und gesellschaftliche Gestaltungsfunktion, sondern ist zum verlängerten Arm der Wirtschaftspolitik geworden.

Auch in Zukunft sollen die sozialen Leistungen weiter gekürzt werden, wie die mittelfristige Finanzplanung bis 1988 ausweist. Danach soll der Ausgabenanteil für die soziale Sicherheit auf 30,6 Prozent absinken. 1982 betrug er noch 35,5 Prozent.

So werden die Sozialhaushalte mehr und mehr zur Finanzierungsreserve im Dienste einer gesamtwirtschaftlichen Umverteilung zugunsten der Gewinne.

Arbeitslosigkeit als Druckmittel

Diese Regierung setzt darauf, daß ein großer Teil der noch nicht von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen die Probleme verdrängt und vergißt.

Ihre politische Leitlinie heißt: Je geringer die Leistungsbereitschaft der Sozialpolitik ist, desto mehr werden sich die Arbeitnehmer dem Diktat der Märkte fügen.

In diesem Konzept ist nicht Arbeitslosigkeit das zu lösende Problem, sondern selbst der zentrale Hebel, Teile der Arbeitnehmerschaft zu zwingen, unter Tarif zu arbeiten und miserable, ja oft menschenunwürdige Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Auch das sog. Beschäftigungsförderungsgesetz aus dem Hause des Bundesarbeitsministers dient nicht der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern führt zur Schaffung einer entrechteten Teilarbeitnehmerschaft, die als Hebel zur Aushöhlung tariflicher Regelungen benutzt werden kann.

Dies ist den Arbeitgebern und ihren Verbänden aber immer noch nicht genug. So fordert beispielsweise die deutsche Bauindustrie, die Sozialplanleistungen auf höchstens einen Monatsverdienst zu begrenzen. Dies soll in Form einer Art „Ermächtigungsgesetz" geschehen, das dem Bundesarbeitsminister gestattet, „einen Wirtschaftszweig durch Rechtsverordnung vorübergehend als schrumpfend zu qualifizieren".

Die sog. Gesundschrumpfung durch Betriebsschließung soll hierdurch wesentlich erleichtert werden.

Bauarbeiter kein Arbeitnehmer 2. Klasse

Wir dagegen sagen: Der Bauarbeiter darf nicht zum Arbeitnehmer zweiter Klasse werden. Was für andere Branchen gilt, muß auch für die Bauwirtschaft gelten.

An allen Ecken und Enden wird deutlich, daß sich die Unternehmer aus ihrer sozialen Verantwortung schleichen wollen. Einzelne Unternehmer legen dabei auch noch ein geradezu asoziales Verhalten an den Tag. Wie anders kann es gewertet werden, wenn Zigtausende von Bauarbeitern auf die Straße gesetzt werden und statt ihrer illegale Leiharbeiter die Arbeit aufnehmen?

Hier werden Millionenbeträge wissentlich an der Sozialversicherung und unseren tariflichen Sozialkassen vorbeigeschleust und das System der sozialen Sicherung auf kriminelle Weise ausgehöhlt.

Illegale Leiharbeit ist unternehmerische Schwarzarbeit

Noch immer ist der moderne Sklavenhandel im Baugewerbe üblich. Zwar hat das Verbot der Leiharbeit und die Schaffung von Schwerpunktarbeitsämtern eine gewisse Kontrollwirkung – erst seitdem werden schwerwiegende Fälle der Öffentlichkeit bekannt –, doch das ist noch zu wenig.

Deshalb sage ich: Nicht das Verbot der Leiharbeit muß fallen, wie das der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie fordert, sondern die Kontrollinstrumente müssen verbessert werden!

Illegale Leiharbeit ist unternehmerische Schwarzarbeit! Sie wird organisiert im großen Stil betrieben, ist sozial schädlich und fördert auch Konkurse im Bauhauptgewerbe.

Und noch eines: Wer das Verbot der Leiharbeit zu Fall bringen will und im gleichen Atemzug die Schwarzarbeit brandmarkt, ist nichts anderes als ein Heuchler!

Überhaupt scheint die Stunde der Demagogen gekommen zu sein. Da ist von Flexibilität und Individualität der Arbeitnehmer die Rede. Gemeint ist aber die Unterwerfung des Menschen unter das Diktat der Produktion.

Da ist von „Förderung der Selbstverantwortung und Selbsthilfe" die Rede, gemeint ist aber, das soziale Risiko dem einzelnen aufzubürden.

Da ist von „Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage" bei der Lohn- und Tarifpolitik die Rede, gemeint ist aber der Abbau von Löhnen und Gehältern sowie anderen tariflichen Mindestnormen.

Angriff auf die Gewerkschaften

Und nun ist im Namen der „Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit" ein Gutachten vorgelegt worden, das faktisch auf ein Streikverbot der Gewerkschaften hinausläuft.

Es ist die Frage, wessen Gut er achtet, wenn der ehemalige Präsident des Bundesarbeitsgerichts feststellt, daß mittelbar von einem legalen Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer stets von der Zahlung des Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeldes ausgeschlossen werden müssen, wenn der umkämpfte Tarifvertrag auch für sie Modell- oder Signalcharakter haben kann. Dies soll sogar für mittelbar betroffene Arbeitnehmer gelten, die in anderen Branchen beschäftigt sind.

Mit einer solchen Regelung würden letztlich die Gewerkschaften ihre Streikfähigkeit einbüßen.

Prof. Müller macht auch keinen Unterschied, ob die mittelbare Betroffenheit eines Arbeitnehmers auf Streik oder Aussperrung zurückzuführen ist. Er will sogar Angriffsaussperrungen zulassen. Auf der anderen Seite sollen die Folgen solcher Maßnahmen in mittelbar betroffenen Betrieben allein die Arbeitnehmer tragen.

Dieses Gutachten ist eine Kampfansage an die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften.

Es wird unsere Aufgabe sein, jedem Kollegen, jeder Kollegin, klarzumachen, was auf dem Spiel steht und wer unsere Gegner sind:

Gewerkschaften sollen nichts mehr zu sagen haben

Die einen wollen den Tarifvertrag abschaffen und die Löhne nach unten drücken,

die einen wollen den freien Samstag kippen und ihre Maschinen rund um die Uhr laufen lassen,

die einen wollen die Mitbestimmung einschränken und den sog. Sozialballast noch weiter abwerfen,

die einen wollen die Arbeitslosenstatistik bekämpfen und vornehmlich Frauen aus dem Berufsleben ausgrenzen,

die einen wollen ein Anti-Streik-Gesetz und die Gewerkschaften ruhig stellen,

alle zusammen aber wollen sie eine Gesellschaftsform, in der die Gewerkschaften nichts mehr zu sagen haben!

Dem müssen wir Einhalt gebieten. Es muß Schluß sein mit der Politik für wenige. Darum die Aktionswoche des DGB vom 14. bis 20. Oktober 1985.

Für eine andere Politik

Die Zeit der Mahnungen und Warnungen ist vorbei. Taten sind gefragt. Alle unsere Kolleginnen und Kollegen sind hiermit aufgefordert, sich an der Aktionswoche aktiv zu beteiligen. Machen wir deutlich, daß Arbeitnehmer nicht so mit sich umspringen lassen.

Aufklären, Mut machen, das Selbstbewußtsein stärken – auch das wollen wir mit der Aktionswoche. Wir wollen hier öffentlich zeigen: Unsere Forderungen sind ernst gemeint.

Wer auch von Arbeitnehmern gewählt worden ist, darf deren Interessen nicht mit Füßen treten. Fordern wir die Regierung zu einer anderen Politik auf, in der Arbeit für alle, Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt stehen.

Bauwirtschaft ist Krisenbranche Nr. 1

Die Bauwirtschaft ist mittlerweile zur Krisenbranche Nr. 1 geworden. Nun sind Krisen für unseren Wirtschaftszweig wahrlich nichts neues. Bereits 1974/75 und 1981/82 gab es drastische Produktionseinbrüche. Neu an der gegenwärtigen Krise ist die Abkoppelung der Bauwirtschaft von der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung. Erstmals trägt die Bauwirtschaft in einer solchen Phase nicht zur konjunkturellen Belebung bei, sondern bremst sie.

Abkoppelung von der konjunkturellen Entwicklung

Was sind die Ursachen?

Strukturkrise

Zunächst einmal sind die derzeitigen Schwierigkeiten in der Bauwirtschaft weniger konjunkturell, sondern in erster Linie strukturell bedingt. Um dies näher zu erläutern, sei mir gestattet, mit wenigen Worten auf die Situation in den einzelnen Baubereichen einzugehen.

Der Wohnungsbau, der nahezu die Hälfte des Bauvolumens ausmacht, weist nicht mehr die Nachfragesteigerung vergangener Jahrzehnte auf. Dies ist angesichts der gewaltigen Aufbauleistung nach dem Kriege mehr als verständlich. Sättigungser-

scheinungen in diesem Bereich bedeuten aber keineswegs – wie es von interessierter Seite immer wieder unterstellt wird –, daß es insbesondere im sozialen Mietwohnungsbau keinen Bedarf mehr gäbe.

Rückzug des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau unbegründet

Vielmehr herrscht, besonders in den Ballungsgebieten, ein erheblicher Mangel an preiswerten Wohnungen. Auch angesichts der Tatsache, daß von den heute existierenden Wohnungen mit Preis- und Sozialbindung in 10 Jahren nur noch 25 Prozent oder rund 1 Million übrigbleiben, halten wir den Rückzug des Bundes aus dem sozialen Mietwohnungsbau für kurzsichtig und leichtfertig.

Soziale Förderung von Wohneigentum

Dem kann auch nicht allein durch stärkere Förderung des Wohnungseigentums entgegengewirkt werden. Dieser Förderung stehen wir zwar positiv gegenüber, sind hierbei aber im Gegensatz zur Bundesregierung für einen einheitlichen Abzugsbetrag von der Steuerschuld. Nur auf diese Weise werden mittlere und untere Einkommensgruppen ihr Ziel der eigenen vier Wände erreichen können.

Die Bundesregierung ist weiterhin aufgefordert, Maßnahmen gegen Bodenspekulation zu ergreifen. Ebenso notwendig ist die Bereitstellung preiswerter Grundstücke durch die Kommunen. Denn nach wie vor hindern die hohen Baulandpreise, insbesondere in den Ballungsgebieten, das hohe Zinsniveau, geringe Einkommenssteigerungen sowie die Unsicherheit über die berufliche Zukunft viele Familien daran, ihre Eigenheimwünsche zu verwirklichen.

Großer Modernisierungsbedarf

Festzuhalten ist auch, daß wir es heute und auch in Zukunft mit einer Strukturverschiebung im Bereich des Wohnungsbaus zu tun haben. Während der Neubau an Gewicht verliert, steigen die Aufwendungen zur Erhaltung des Baubestandes durch Modernisierung. Wir haben in der Bundesrepublik rund 15 Millionen Wohnungen, die älter als 20 Jahre sind und darunter fast 8 Millionen, die älter als 40 Jahre sind. Hier liegt ein gewaltiger Modernisierungsbedarf.

Maßnahmen zur Stadterneuerung erster Schritt . . .

Die jetzigen Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Stadterneuerung, die maßgeblich auf unser Drängen hin in das Maßnahmenpaket aufgenommen wurden, sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, reichen aber bei weitem nicht aus.

. . . aber bleiben Strohfeuer

Dies zeigt sich auch gerade daran, daß die für Städtebauförderung bereitgestellten Mittel bereits im September dreifach überzeichnet waren. Im übrigen ist mit diesem engen Verfügungsrahmen und der zeitlichen Befristung bis 1987 wiederum nur ein kurzzeitig aufloderndes Strohfeuer aus wahltaktischen Überlegungen entfacht worden. Wann endlich begreift diese Bundesregierung, daß nur ein langfristiges Programm der Bauwirtschaft wieder auf die Beine hilft und den Arbeitnehmern eine Zukunft sichert?

Finanzierungsstrukturen dem Baubedarf anpassen

Bedarf ist vorhanden. Darauf weisen alle Experten hin. Er kann sich jedoch aufgrund der Bonner Politik nicht in Nachfrage umsetzen. Nicht Anpassung der Baukapazitäten ist die Lösung, sondern die politische Aufgabe heißt: Die Finanzierungsstrukturen müssen dem Baubedarf angepaßt werden!

„Bauen und Umwelt" – ein langfristiges Programm

Unser Programm „Bauen und Umwelt" weist hier die Richtung, weil es das umweltpolitisch Notwendige mit dem beschäftigungspolitisch Sinnvollen verbindet. Über dieses Programm läßt sich für die Bauwirtschaft eine vorausschauende und regional orientierte Strukturpolitik entwickeln, die langfristig zu einer Auftrags- und Beschäftigungsstabilität führt.

Wie überfällig eine bedarfsorientierte Baupolitik ist, zeigt sich auch an den anderen Feldern der Bauwirtschaft. Zwar hat durch seine geringen Nachfrageschwankungen der Wirtschaftsbau in den letzten Jahren die Baunachfrage erheblich stabilisiert, doch dürfen angesichts der flauen Binnennachfrage die Erwartungen nicht allzu hoch gesteckt werden.

Kommunale Steuerausfälle lähmen Bauinvestitionen

Inwieweit das Bonner Steuergeschenk für die Unternehmen in Form verbesserter Abschreibungsbedingungen für gewerbliche Bauten zusätzliche Investitionen anregen wird, bleibt abzuwarten. Dagegen lassen sich die Steuerausfälle, die hierdurch den Kommunen entstehen, genau beziffern. Gemeinsam mit den Steuerausfällen durch das Steuerpaket der Jahre 1986/88

summieren sich die Mindereinnahmen der Kommunen nach Berechnung des Städtetages im Jahr 1986 bis 1989 auf über 18 Milliarden DM.

Sparpolitik schürt Baukrise

Bereits in den vergangenen Jahren wurden die sog. „Konsolidierungserfolge" der Bundesregierung bei den Staatsfinanzen auf dem Rücken der sozial Schwachen, aber auch der Kommunen erzielt. Kürzungen bei Höhe und Dauer der Arbeitslosengeldzahlungen führten zu drastischen Zunahmen der Sozialhilfeausgaben der Kommunen. Der gleichzeitige Rückgang der Investitionszuweisung des Bundes führte zum katastrophalen Einbruch bei den kommunalen Bauinvestitionen.

Nicht zuletzt auf diese überzogene Sparpolitik ist es zurückzuführen, daß die diesjährigen Arbeitslosenzahlen am Bau sowohl im Juni als auch jetzt im September Rekordmarken für die gesamte Nachkriegszeit erreicht haben.

Enorme Produktivitätsentwicklung

Sicherlich werden wir uns darauf einzustellen haben, daß mittelfristig das Bauvolumen keine nennenswerten Steigerungsraten mehr aufzuweisen hat. Durch Rationalisierung, Technisierung und zunehmendes Arbeitstempo wird die gleiche Arbeit in kürzerer Zeit erledigt. Die Steigerung der Produktivität in den letzten Jahren, die regelmäßig bei 3 Prozent und damit deutlich über den Produktivitätsraten anderer Wirtschaftszweige lag, verdeutlicht dies.

Kapazitätsabbau geht weiter

Auch aus diesem Grunde haben wir viele Arbeitsplätze verloren und ist der Beschäftigtenstand im März dieses Jahres im Bauhauptgewerbe erstmals unter den von 1953 gesunken. Dieser Beschäftigtenabbau wird sich auch weiter fortsetzen, wie beispielsweise aus den Ankündigungen aller Bauaktiengesellschaften hervorgeht. Durchschnittlich 10 Prozent der Arbeitsplätze sollen abgebaut werden.

Olympiareife Mannschaften

Unter dem Stichwort des „geordneten Rückzuges" werden in der Bauwirtschaft systematisch Arbeitsplätze vernichtet und die Arbeitnehmer handverlesen. Die Unternehmen sind dabei, sich olympiareife Mannschaften zu verschaffen. Ältere oder sog. leistungsgeminderte Arbeitnehmer werden systematisch

verdrängt und auch gar nicht mehr eingestellt. Zur Zeit jedenfalls haben sie nur Kapazitätenabbau im Sinn. Damit dies noch reibungsloser – und kostengünstiger – für die Unternehmen verläuft, fordern sie, die Leistungen aus Sozialplänen und Abfindungen bei Kündigungen drastisch einzuschränken.

Die Kosten der betrieblichen Anpassung sollen also allein die Arbeitnehmer, dafür aber in doppelter Hinsicht, bezahlen: Mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bei gleichzeitig möglichst geringer finanzieller Entschädigung.

Abbau der Baukapazitäten ist volkswirtschaftlicher Unsinn

Dabei ist es ein volkswirtschaftlicher Unsinn sondergleichen, wenn heute Baukapazitäten abgebaut werden, die uns morgen fehlen und übermorgen die Baupreise in die Höhe treiben. Das müssen endlich die Unternehmer erkennen. Auch sie müssen dazu beitragen, daß die Bonner Regierung in die beschäftigungspolitische Pflicht genommen wird.

Unternehmerische Verantwortung wird nicht wahrgenommen

In diesem Zusammenhang stellen wir auch fest,

- daß immer mehr Unternehmen Tarifverträge unterlaufen,
- daß die Angst um den Arbeitsplatz zur Streichung betrieblicher Sozialleistungen genutzt wird,
- daß Aufträge von illegalen Leiharbeitern erledigt werden.

Um von diesen Machenschaften abzulenken, die im übrigen auch den Wettbewerb in der Bauwirtschaft verzerren und Konkurse fördern, werden allerhand Behauptungen über die Lohnnebenkosten in die Welt gesetzt und die Sozialkassen des Baugewerbes diffamiert. Wer so handelt, zeigt wenig soziale Verantwortung und verbaut Wege zur Lösung der Beschäftigungskrise in der Bauwirtschaft.

Lohnnebenkosten niedriger als in der Gesamtwirtschaft

Mit den „drückenden Arbeitskosten" ist es auch nicht so weit her. Der Personalkostenanteil ist konstant geblieben. Die Lohnnebenkosten liegen mit rund 70 Prozent um 5 Prozent niedriger als in der Gesamtwirtschaft.

Bei den Rechenkunststücken wird auch nicht davor zurückgeschreckt, in die Maurerstunde beispielsweise die Unterneh-

mergewinne mit einzurechnen. Und die sind trotz der Krise bei den Großen der Branche ganz erheblich.

Baukrise geht zu Lasten kleinerer Betriebe

Redlicherweise füge ich hinzu: Bei vielen kleineren und mittleren Unternehmen sieht die Sache anders aus. Auf ihrem Rücken wird die Krise der Bauwirtschaft ausgetragen, was sich nicht zuletzt in der Zahl der Konkurse ausdrückt. So mancher Auftrag wird ihnen von den Großen der Branche weggeschnappt, die es sich bei ihren großen Finanzpolstern leisten können, auch einmal mit Verlust zu arbeiten. Sie sind eigentlich Banken, die sich einen Baubetrieb leisten. Nicht umsonst haben die Finanzanlagen dieser Großkonzerne in der Vergangenheit deutlich zugenommen. Das heißt, sie sind auch in der Zukunft für den Verdrängungswettbewerb gut gerüstet.

Öffentlicher Hand fehlt beschäftigungspolitischer Weitblick

Aber auch wenn die öffentliche Hand Bauaufträge vergibt, fehlt allzu häufig der beschäftigungspolitische Weitblick. Da gehen Aufträge an Bieter, die allein schon aufgrund ihrer Unternehmensgröße nicht in der Lage sind, die Aufträge auszuführen. Das führt in der Regel dazu, daß diese Unternehmen Subunternehmer hereinholen.

VOB endlich richtig anwenden

Auch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an DDR-Unternehmen muß hier genannt werden. Es ist unglaubhaft, wenn man einerseits die Ausweitung der Sozialhilfeetats beklagt, aber andererseits Aufträge an Unternehmer vergibt, die keine Sozialbeiträge leisten. Wir erwarten von den öffentlichen Auftraggebern, daß nicht in jedem Fall der billigste Bieter den Auftrag erhält. Vielmehr muß der Bieter sämtliche gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen einhalten. Diese Voraussetzung muß auch von den jeweiligen Subunternehmern erfüllt werden. Handhabe dazu gibt die VOB. Sie muß aber endlich angewendet werden!

Auch die Unternehmer müßten ein Interesse an der Bekämpfung und Beseitigung dieser Praktiken haben, denn sie zerstören den immer wieder geforderten Leistungswettbewerb, weil die gesetzestreuen Unternehmen ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren.

Baubedarf im Umweltbereich

Während die Krise der Bauwirtschaft anhält und immer mehr Kolleginnen und Kollegen ihr zum Opfer fallen, wächst der Baubedarf, vornehmlich im Umweltbereich. Dies zeigt auch ein Gutachten, das wir bei der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegeben haben.

Hier zeigt sich: Zur Verhinderung weiterer Umweltzerstörung und zur Beseitigung der Folgen von bereits entstandenen Umweltschäden sind jetzt gewaltige Bauinvestitionen nötig.

Wer Natur nutzt, muß zahlen

Dies kann nicht zum Nulltarif geschehen. Heute müssen wir uns im klaren darüber sein, daß die Umwelt von niemandem mehr als kostenloses Gut zu nutzen ist. Es muß der Grundsatz gelten: Wer Natur nutzt, muß zahlen.

Andererseits muß Umweltpolitik sich auf die Vermeidung von Schäden ausrichten. Dort, wo sie sich noch nicht vermeiden lassen, hat der Verursacher die Kosten zu tragen. Das Gemeinlastprinzip soll *nur dort* Anwendung finden, wo das Verursacherprinzip nicht mehr greift. Etwa bei Altlasten, deren Verursacher nicht mehr festzustellen sind.

Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit sind Verschwendung

Wir alle wissen, daß Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit die größte Verschwendung unseres gesellschaftlichen Reichtums sind. Arbeitslosigkeit kostet uns jährlich rund 55 Milliarden DM. Durch Umweltzerstörung entstehen pro Jahr Schäden in Höhe von 40 bis 70 Milliarden DM.

Andererseits zeigen Untersuchungen, daß weit mehr als die Hälfte der öffentlichen Zuschüsse für Umweltinvestitionen durch geringere Kosten der Arbeitslosigkeit und steigende Steuereinnahmen ausgeglichen werden können.

Verzahnung von Umwelt- und Beschäftigungspolitik notwendig

Umwelt- und beschäftigungspolitische Vernunft ist die Aufgabe unserer Zeit. Dies haben wir als IG Bau-Steine-Erden erkannt und mit unserem Programm „Bauen und Umwelt" auch zum Ausdruck gebracht. Wer wirklich etwas für unsere Umwelt tun will, wer wirklich die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, der muß sich zur Verzahnung von Umwelt- und Beschäftigungspolitik entschließen. Auf staatliche Programme kann hier

nicht verzichtet werden, denn sie allein bilden die Klammer für beide Bereiche.

Resignation ist ein schlechter Ratgeber

Es gehört zu unseren historischen Erfahrungen, daß Gewerkschaften in Krisenzeiten immer auf den Schutz und die Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen zurückgedrängt werden. Ebenso ist es eine Tatsache, daß Massenarbeitslosigkeit viele Arbeitnehmer veranlaßt, ihre Rechte nicht wahrzunehmen, sie sich ducken anstatt zu mucken und ihrer Gewerkschaft die Schuld an allem geben!

Resignation ist ebenso wie Überschätzung der eigenen Möglichkeiten ein schlechter Ratgeber.

Gewerkschaften sind flexibel wie kein zweiter

Noch nie ist den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern etwas geschenkt worden. Immer wieder haben wir unsere gestaltende Kraft unter Beweis stellen können und müssen. Es ist sicherlich keine Übertreibung, wenn ich sage, daß keine andere Organisation so beweglich reagiert wie die Gewerkschaften. Deshalb habe ich auch keine Sorge, daß die Gewerkschaften, wie es das Handelsblatt formulierte, zum „Dinosaurier der Industriegesellschaft" werden.

Es sind ja immer die gleichen, die je nach politischer Großwetterlage einmal die Krokodilstränen der gewerkschaftlichen Ohnmacht weinen und andererseits die Macht der Gewerkschaften beklagen.

Wir haben sicherlich noch alle das Trommelfeuer gegen die Gewerkschaften vom letzten Jahr im Ohr, als wir uns anschickten, unseren Teil der beschäftigungspolitischen Verantwortung einzulösen. Unter Berücksichtigung der konkreten wirtschaftlichen Bedingungen und Branchenstruktur entwickelten die Gewerkschaften ihre Forderungen zur Wochenarbeitszeitverkürzung und zum Vorruhestand. Dieses Forderungsspektrum, das ja nichts anderes ist als Ausdruck der organisationspolitischen Vernunft, wurde prompt zum Anlaß genommen, die Gewerkschaften in gute und böse einzuteilen.

Gewerkschaften lassen sich nicht spalten

Dieses Spiel haben wir nicht mitgespielt, sondern unsere Solidarität in vielfältigen Aktionen unter Beweis gestellt. Mittlerweile zeigt sich auch, daß sowohl die Wochenarbeitszeitverkürzung als auch der Vorruhestand nebeneinander in den Organisationsbereichen praktiziert werden. Beispielsweise gilt für unser Bauhauptgewerbe der Vorruhestand, während wir im Bereich der Wohnungswirtschaft die Wochenarbeitszeitverkürzung vereinbart haben. Dies zeigt, Gewerkschaften reagieren viel differenzierter und flexibler als die veröffentlichte Meinung glauben machen will.

Erfolge sind möglich

In dieser Kampagne um die Arbeitszeitverkürzung ist aber ebenfalls deutlich geworden, daß gewerkschaftliche Erfolge trotz der Allianz von Kabinett und Kapital organisiert werden können. Doch darf uns dieser Erfolg nicht darüber hinwegtäuschen, daß es uns noch nicht gelungen ist, die politischen Weichen in Richtung Bekämpfung der Arbeitslosigkeit umzulegen. Dies ist und bleibt die große Herausforderung unserer Zeit.

Ebenso sind wir herausgefordert, Mittel und Wege zur sozialen Beherrschung des technischen Fortschritts, der uns in Gestalt der Mikroelektronik überall begegnet, zu finden.

Ebenso gilt es, Schluß zu machen mit der Zerstörung unserer Umwelt und die Industrie zu verpflichten, umweltfreundliche Produkte und Produktionsverfahren zu entwickeln.

Sich zu verweigern, heißt, zu kapitulieren

Hierbei geht es nicht um Lösungen jenseits der Industriegesellschaft, sondern um Lösungen in ihr. Wer aussteigt und sich in die Bescheidenheit seiner privaten Verhältnisse zurückzieht, muß wissen, daß er zur Verbesserung unser aller Lebensbedingungen überhaupt nichts beiträgt. Wer sich verweigert, kapituliert vor den Problemen. Wer dies dann auch noch als politisches Programm ausgibt, übersieht, daß er damit den konservativen Weltveränderern in die Hände arbeitet. Nicht ohne Grund finden die Prediger der sozialen Selbstbescheidung im konservativen Lager so viel Anklang.

Auf soziale Leistung zu verzichten und den Weg der Selbstausbeutung in bezug auf Arbeitszeit und Lohnniveau zu beschreiten, heißt aber nichts anderes, als einer Verteilungspolitik ge-

gen die Arbeitnehmer Vorschub zu leisten. In diesen Alternativ-Kreisen wird die Devise ausgegeben: Umweltschutz statt soziale Leistungen!

Die gewerkschaftliche Forderung dagegen lautet: Umweltschutz **und** soziale Sicherheit!

Zweifellos ist dies eine Macht-, aber ebenso eine Überlebensfrage. Hieran sich vorbeidrücken zu wollen, hieße die Augen vor der sozialen Wirklichkeit zu verschließen.

Bauen und Umwelt – eine sozial nützliche Utopie

Ich glaube, als IG Bau-Steine-Erden haben wir hier unsere Gestaltungsfunktion nicht nur erkannt, sondern mit unserem Programm „Bauen und Umwelt" einen gangbaren Weg aufgezeigt. Dieses Programm ist sowohl Sofortprogramm als auch langfristige Perspektive. Es ist pragmatisch und utopisch zugleich. Eine sozial nützliche Utopie, wie ich meine, in der sich der Wille unserer Organisation zur Weiterentwicklung dieser Gesellschaft ausdrückt.

Wenn es uns gelingt, den Sinn und die Ziele unseres Programms „Bauen und Umwelt" jedem einzelnen Funktionär, jedem Mitglied zu verdeutlichen und aufzuzeigen, daß die aktive Mithilfe jedes einzelnen gefordert ist, brauchen wir uns um die Zukunft unserer Organisation keine Gedanken zu machen.

Bauen und Umwelt zum Bestandteil der Politik machen

Aber Aktivität ist gefordert, denn mit bloßen Appellen an die Politiker kommen wir nicht weiter. Wir müssen unser Programm in jeder Stadt, in jeder Gemeinde konkretisieren und die jeweils brennenden Probleme in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen darauf drängen, daß unser Programm „Bauen und Umwelt" auch zum Bestandteil kommunaler Politik wird.

Die Politiker in Bewegung bringen

Jeder Politiker muß mit der Frage konfrontiert werden: Was tust Du für die Umwelt und was gegen die Arbeitslosigkeit? Diese beständige Konfrontation mit unseren Forderungen fördert zugleich die Glaubwürdigkeit und die Sachkompetenz unserer Organisation. Das schafft aber ebenso den notwendigen Druck, ohne den Politiker heutzutage wohl nicht mehr in Bewegung zu bringen sind.

Angebot zur Mitarbeit

Zudem ist unser Programm ein Angebot an all diejenigen, die unserer Gewerkschaft skeptisch gegenüberstehen. Dies gilt vornehmlich für die Angestellten, die Architekten und Ingenieure, deren Sachverstand hier gefragt und gefordert ist. Sie können nicht nur Mißstände aufzeigen, vorliegende Konzeptionen bewerten, sondern auch fachlich wie gewerkschaftlich begründete Alternativen entwickeln.

Nicht vor kritischen Fragen zurückscheuen

Mit unserem Programm „Bauen und Umwelt" haben wir aber auch den Jugendlichen in unserem Organisationsbereich gezeigt, daß wir als Gewerkschaft fähig sind, auf ihre Lebensängste einzugehen. Wir haben deutlich gemacht, daß wir ihre Zukunft als gewerkschaftliches Handlungsfeld erschließen. In dem Maße, in dem es uns gelingt, auf die Lebens- und Denkweise Jugendlicher einzugehen, wird auch die Gewerkschaft von den Jugendlichen akzeptiert und ihre Mitarbeit in ihr gefördert. Das heißt aber, daß wir offen sein müssen für kritische Fragen und uns an ihnen nicht vorbeidrücken dürfen.

Mehr Jugendliche finden zur IG BSE

Obwohl uns Bauarbeitern manchmal Schwerfälligkeit nachgesagt wird, kann ich heute feststellen – und darauf können wir alle stolz sein –, daß wir die Zeichen der Zeit früh genug erkannt haben. Ich erinnere hier an unsere richtungweisenden Ausbildungstarifverträge. Mit der Schaffung überbetrieblicher Ausbildungszentren und der Umlagefinanzierung der Berufsbildung ist es uns gelungen, den Jugendlichen mehr und qualifiziertere Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Dies hat sicherlich nicht wenig zur Attraktivität unserer Organisation bei den Jugendlichen beigetragen, wie der steigende Organisationsgrad seit 1977 unterstreicht. Waren im Jahre 1977 nur 8,3 Prozent unserer Mitglieder jünger als 25 Jahre, so sind es heute 14,1 Prozent. Von Organisationsmüdigkeit und Interessenlosigkeit kann hier wahrlich nicht gesprochen werden.

Neue Mitglieder gewinnen ...

Allerdings kommt es darauf an, den Spielraum, den wir tarifpolitisch eröffnet haben, auch organisationspolitisch auszunutzen. Der Prozeß der Verjüngung unserer Mitgliedschaft und die Erschließung neuer Mitgliedergruppen, und hier nenne ich vor allem die Frauen, muß konsequent fortgeführt werden.

Unsere Anstrengungen zur Werbung neuer Mitglieder müssen sich darüber hinaus auf Groß- und vor allem auf die Kleinbetriebe richten. Das Reservoir in diesen Bereichen ist gewaltig. Sicherlich bestimmt in den Kleinbetrieben das persönliche Verhältnis zum Arbeitgeber noch das Verhältnis zur Gewerkschaft. Aber gerade in diesen Bereichen sind oft die Probleme am größten, werden Tarifverträge in schöner Regelmäßigkeit unterlaufen und Arbeitnehmerrechte mißachtet.

... durch problemorientierte Werbung

Hier werden wir mit einer problemorientierten Werbung ansetzen müssen. Es muß diesen Kolleginnen und Kollegen deutlich werden, daß sie mit einer starken Gewerkschaft im Rücken auch ihr Recht bekommen.

431 Mio DM erstritten

Wie hoch die Erfolgsaussichten sind, zeigt sich beispielsweise daran, daß wir in den letzten drei Jahren für unsere Kolleginnen und Kollegen durch Rechtsschutz mehr als 431 Millionen DM erstreiten konnten.

Das heißt, wer zu uns kommt, den lassen wir nicht im Stich. Nur mit der Gewerkschaft lassen sich für den einzelnen Erfolge organisieren. Ohne kollektiven Schutz bleiben nun einmal individuelle Rechte nur auf dem Papier stehen.

Keine Ausgrenzung von Arbeitslosen

Aber ich will hier auch auf einen anderen Punkt hinweisen, der in der Öffentlichkeit viel diskutiert wird. Es ist die Rede davon, daß die Gewerkschaften zur Organisation der Arbeitsplatzbesitzer werden. Hierzu sage ich ganz klar: Eine Ausgrenzung von Arbeitslosen gibt es in unserer Organisation nicht! Wer arbeitslos ist, kann nicht nur Mitglied bleiben, sondern alle seine Funktionen weiter wahrnehmen. Jedenfalls ergibt sich das aus einer Satzungsänderung, die wir hier beschlossen haben.

Hohe Bindung an die Organisation

Bei der Betrachtung unserer eigenen Organisation will ich nicht unerwähnt lassen, daß angesichts des Verlustes von rund einer Viertelmillion Arbeitsplätzen seit 1980 und der sich fortsetzenden Strukturkrise des Baugewerbes der Mitgliederrückgang eher gering ausgefallen ist. Dies zeigt: Unsere Mitglieder haben eine hohe Bindung an die Organisation und halten auch

in Krisenzeiten an ihr fest. Deshalb ist es unsere Verpflichtung, die Organisation weiter zu stärken, neue Mitglieder zu gewinnen, um damit die Voraussetzung zur Durchsetzung unserer gewerkschaftlichen Forderungen zu verbessern.

Technischer Wandel verändert den Alltag

Für die Entwicklung gewerkschaftlicher Aktivität und damit eng zusammenhängend gewerkschaftlichen Bewußtseins wird es notwendig sein, sowohl die konkrete Arbeitssituation unserer Mitglieder im Auge zu haben als auch ihre Lebensumstände zu berücksichtigen. Beides wird in zunehmendem Maße vom technischen Wandel geprägt. Ich glaube, dieses Problem ist von uns noch nicht ausreichend aufgegriffen worden. Selbstkritisch will ich hier anmerken, daß in diesem Bereich von uns noch zuwenig Anstrengungen unternommen worden sind.

Im Vergleich zu anderen Branchen sind Computersysteme innerhalb der Baubranche weniger verbreitet. Dies ist zurückzuführen auf die kleingewerbliche Struktur, die weitgehend handwerklich geprägten Qualifikationen und die Vielzahl miteinander kooperierender Berufsgruppen.

EDV drängt in Baubranche

Wird in den Großbetrieben schon seit einiger Zeit mit den verschiedensten Computersystemen experimentiert, so stellen wir nun fest, daß auch im Bereich des Handwerks diese Bestrebungen um sich greifen. Mehr als 3000 kleinere Betriebe nutzen die EDV von der Kalkulation bis hin zur Rechnung.

Die absehbare Massenanwendung rechnergesteuerter Systeme in den nächsten Jahren und eine neue Anwendungsqualität der Informationstechnik durch die Vernetzung von kaufmännischen und technischen Abteilungen und der einzelnen Unternehmensteile, mit der dann die EDV auch auf die Baustelle getragen werden kann, drohen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtstrukturen weiter zugunsten der Arbeitgeber zu verfestigen.

Die sich aus Arbeitnehmersicht ergebenden Problemfelder sind:

– Leistungs- und Verhaltenskontrolle

- Gefährdung von Qualifikation und Einkommen
- gesundheitliche Belastungen
- Weiterbildung
- Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen.

Im Gegensatz zu den technokratischen Fortschrittsparteien sind wir für die sozial gesteuerte Modernisierung und eine sozial verantwortete und verantwortliche Mitgestaltung des technischen Wandels.

Diesen Weg bieten wir an. Aber das heißt auch, ausgestattet zu sein mit entsprechenden Mitbestimmungsrechten. Nur wer diese Rechte hat, kann letztlich gestalten, dem technischen Wandel eine soziale Form geben.

Arbeitnehmer müssen zu Technologie-gestaltern werden

Die Arbeitnehmer dürfen nicht zu Technologie-Duldern oder Technologie-Erleidern werden, sondern müssen zu Technologie-Gestaltern werden. Wir wollen nicht die Computer bedienen. Wir wollen uns der Computer bedienen!

Einbeziehung aller Angestellten

Ohne die Mithilfe der Hauptbetroffenen, der Angestellten, einschließlich der Ingenieure und Architekten, werden wir hier nur geringe Erfolge erzielen können. Die Organisierung dieser Gruppe ist die wichtigste Voraussetzung dafür, daß die Gestaltungsspielräume, die die universelle Computertechnik bietet, aufgedeckt und ausgeschöpft werden. Nur so kommen wir zu anspruchsvollen, motivations- und qualifikationsfördernden Arbeitsplätzen, wirken wir der Gefahr monotoner Arbeitsbedingungen und sozialer Isolation entgegen.

Gestaltungswissen aneignen

Dabei müssen wir prüfen, wie wir das wichtigste gewerkschaftliche Instrument, den Tarifvertrag, einsetzen können. Dies setzt aber auch voraus, daß wir uns Gestaltungswissen aneignen. Sicherlich ist es notwendig, auf die Gefahren der neuen Technologien hinzuweisen, aber ebenso müssen ihre Möglichkeiten ausgelotet werden. Angst ist ein schlechter Ratgeber.

Wir Gewerkschafter müssen Alternativen im Betrieb benennen können und sie nachvollziehbar für die Kolleginnen und

Kollegen machen. Gelingt uns das, so werden wir bei den Angestellten nicht nur Interesse für die IG Bau-Steine-Erden wecken, sondern auch ihre Organisationswilligkeit fördern.

Betriebsräte aktivieren

In den Prozeß der sozialen Beherrschung einzutreten, ist ohne wachsame und aktive Betriebsräte unmöglich. Dafür müssen wir sie mit dem nötigen Wissen ausrüsten. Gleiches gilt natürlich auch für unsere hauptamtlichen Funktionäre, die wir gezielt weiterbilden müssen.

Wir wollen nicht aus jedem einen EDV- oder Umweltexperten machen, doch müssen Grundkenntnisse vorhanden sein, die es jedem ermöglichen, die Probleme zu erkennen und unter Hinzuziehung des jeweiligen Sachverstandes Lösungen zu entwikkeln.

Weiterbildung ist eine wesentliche innerorganisatorische Voraussetzung für die Formulierung praktischer Antworten. Dazutreten muß aber ein tariflich fixierter Orientierungsrahmen für den betrieblichen EDV-Einsatz.

Tarifliche EDV-Rahmenvereinbarung

Dabei geht es uns nur am Rande um finanzielle Ausgleichsregelungen für Arbeitsplatzverluste. In den Mittelpunkt solcher EDV-Rahmenvereinbarungen müssen solche Dinge gestellt werden wie: Gestaltung des Arbeitsplatzes und der Arbeitsumgebung, der Arbeitsorganisation, der Qualifikationssicherung und betrieblichen Weiterbildung. Es muß auch an den Schutz vor Verhaltens- und Leistungskontrolle des einzelnen Arbeitnehmers gedacht werden. Wir wissen, daß wir uns hier auf ein schwieriges tarifpolitisches Feld wagen. Aber Probleme sind dazu da, ihnen zu begegnen und nicht ihnen auszuweichen.

Rechte im Betrieb ausschöpfen

Unsere Betriebsräte dürfen nicht zulassen, daß an ihnen vorbei geplant wird und die bereits vorhandenen Mitbestimmungsrechte von den Arbeitgebern mißachtet werden. Wenn das Betriebsverfassungsgesetz vorschreibt, daß die Arbeitnehmer rechtzeitig und umfassend zu informieren sind, so heißt das im Klartext, daß Arbeitnehmer ausreichend Zeit haben müssen, um eine Planungsalternative vorlegen zu können.

Andererseits sage ich aber auch: Die vorhandenen Mitbestim-

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

mungsrechte müssen von den Betriebsräten voll ausgeschöpft werden. Nur so wird es möglich sein, sich einen Überblick über die oft im Unternehmen weitgestreuten EDV-Projekte zu verschaffen.

Arbeitnehmer sind Experten ihres Arbeitsplatzes

Und noch eines: Die Betriebsräte müssen den Zugang zum einzelnen betroffenen Arbeitnehmer suchen. Sie sind die Experten ihres Arbeitsplatzes. Sie können wertvolle Anregungen für ein arbeitnehmerorientiertes Anwendungskonzept der EDV geben.

Jede Betriebsvereinbarung, die über den klassischen Rationalisierungsschutz hinausgeht, sich auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen einläßt, vergrößert den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum für ein Tarifabkommen.

Kein Leistungsverzicht

Aber ich appelliere auch an alle Arbeitnehmer des Baugewerbes, nicht auf tarifpolitische Leistungen zu verzichten. Wer zurückweicht, der schafft die Voraussetzungen für weitere Einkommenseinbußen in der ganzen Branche.

Diesem Treiben müssen wir ein Ende setzen.

Jeder Arbeitnehmer ist aufgefordert, gegen diese Praktiken mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln – auch unter Inanspruchnahme gerichtlicher Hilfe – vorzugehen. Und wenn die schwarzen Schafe unter den Unternehmern es nicht begreifen wollen, daß Tarifverträge rechtsverbindlich sind und sie sich weiterhin außerhalb des Rechts stellen wollen, so werden wir sie mit Prozessen eindecken, daß es nur so raucht.

Solche Fälle aufzudecken und die Kollegen zur Klage zu bewegen, ist die Aufgabe der Bezirksverbände. Sie müssen jeden einzelnen Kollegen ermutigen.

Schwarzbuch zum Unternehmerverhalten

Ich glaube, es ist auch an der Zeit, die großen Verstöße gegen Tarifvertrag und Arbeitnehmerrechte in unserer Branche zusammenzufassen und in einem Schwarzbuch der Öffentlichkeit vorzulegen. Es geht nicht an, daß so mancher glaubt, die Krise dafür nutzen zu können, aus gestandenen Bauarbeitern Hampelmänner zu machen.

Verbesserung der Einkommen

Zu dieser qualitativen Komponente der Tarifpolitik gehört natürlich auch eine Einkommenspolitik, die auf Reallohnsicherung gerichtet ist. Sicherlich sind mit der Strukturkrise der Bauwirtschaft die Bewegungsgrenzen enger geworden. Einmal natürlich in dem Sinne, daß vielen Bauunternehmern selbst das Wasser bis zum Halse steht.

Gerade die öffentliche Sparpolitik wurde zum stummen, aber um so wirkungsvolleren Verhandlungspartner. Die letzte Tarifrunde, in der uns der Schlichter aufs Auge gedrückt wurde, hat dies mit Nachdruck unterstrichen.

Keine Politik des Verzichts

Ohne bereits jetzt die Tarifrunde 1986 einleiten zu wollen, will ich hier so viel sagen: Wir werden keine Politik des Verzichts betreiben. Wir werden es nicht zulassen, daß die Bauarbeitnehmer von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung abgekoppelt und zu Verlierern der Krise werden!

Tarifrunde frühzeitig vorbereiten

Angesichts der wirtschaftlichen Bedingungen wird es notwendig sein, die nächste Tarifrunde frühzeitig vorzubereiten. Dabei geht es nicht nur darum, die Forderungen festzulegen, sondern auch die Möglichkeiten ihrer Umsetzung. Es kann aber nicht unsere Aufgabe sein, Illusionen zu verbreiten oder den Kraftmeier zu spielen. Doch kommt es darauf an, für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, um zu wissen, wo jeder einzelne Betrieb, jeder einzelne Kollege steht. Andere vorzuschieben oder sich auf seinen Nebenmann zu verlassen, reicht ebenso wenig aus, wie Forderungen über den Daumen anzupeilen.

Jeder Bezirksverband ist gefordert, den Prozeß der Willensbildung zu verbreitern.

Den Verhandlungsführern durch Aktionen den Rücken stärken

Ausdruck des gewerkschaftlichen Willens sind auch entsprechende Protestaktionen und Warnstreiks. Sie stärken den Verhandlungsführern den Rücken und fördern oftmals die Kompromißbereitschaft der anderen Seite. Tarifpolitik ist solidarische Politik der ganzen Organisation. Was unten nicht vorbereitet worden ist, kann oben auch nicht erreicht werden.

Arbeitszeitverkürzung

Solche solidarischen Beiträge zu liefern, ist uns nicht fremd, ja, macht uns erst zum richtigen Gewerkschafter. Mit der Vorruhestandsregelung haben wir hier ein praktisches Beispiel für Solidarität gegeben. Und Arbeitszeitverkürzung bleibt auch in Zukunft notwendig. Sie ist **die** soziale Form der Verteilung des Produktivitätsfortschrittes. Deshalb wird sie auch weiter auf unserem Programm stehen und dort, wo die entsprechenden Tarifverträge auslaufen, werden wir auch in konkrete Verhandlungen eintreten.

Formulierung eines Arbeitsprogramms

Die hier beschriebenen Felder, angefangen vom qualitativen Wachstum bis hin zur Arbeitszeitverkürzung, zeigen, daß die IG Bau-Steine-Erden die Herausforderungen unserer Zeit angenommen hat. Zu vielen der von mir angeschnittenen Fragen liegen dem Kongreß Anträge vor, die gleichsam als Arbeitsauftrag für die gesamte Organisation zu verstehen sind. Sie bilden die verbindliche Richtschnur für unser Handeln. Ein entsprechendes Arbeitsprogramm zu formulieren mit abrechenbaren Zielen und konkreten Aufgaben, wird im Anschluß an diesen Gewerkschaftstag unsere Aufgabe sein.

Abschließend wünsche ich uns allen die Kraft und die notwendige Beharrlichkeit, um die Krise zu meistern und die Zukunft zu gestalten.